

Tagesordnung 1 Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 13.07.2005

Vorlage Nr. 05-F-20-0005

Gebührenpolitik der Nassauischen Sparkasse
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.07.2005 -
Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung möge beschließen:

Die Nassauische Sparkasse hat erklärt, dass sie bei sogenannten „Problemkunden“ ab 1. Juli 2005 eine monatliche Kontoführungsgebühr in Höhe von 20 Euro erhebt. Der Ausschuss bittet deshalb den Oberbürgermeister als Vorsitzender des Verwaltungsrats der NASPA zu berichten:

Wie sind „Problemkunden“ definiert, und welchen Anteil haben sie am Gesamtkundenbestand der Naspa?

Gibt es in der Sparkassenlandschaft Vorbilder für „Problemkundengebühren“?

Wurden die Gremien der Naspa vorab über die Absicht informiert, eine „Problemkundengebühr“ einzuführen?

Der Ausschuss sieht die Gefahr, dass diese Art der Gebührengestaltung zu einer selektiven Ausgrenzung sozial Schwacher führt. Der Ausschuss stellt fest, dass eine ausgrenzende Gebührenpolitik dem Auftrag der Nassauischen Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts zuwider laufen würde, und dass sie nicht vereinbar wäre mit den Zielen, deretwegen die Kommunen Sparkassen gegründet haben und unterhalten.

Der Ausschuss fordert die Vertreter der Stadt in den Gremien der NASPA auf, dafür zu sorgen, dass auch in Zukunft alle interessierten Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu fairen Konditionen Zugang zu modernen Finanzdienstleistungen haben.

Zur nächsten Sitzung des Ausschusses wird ein Vorstandsmitglied der NASPA eingeladen, um über Hintergrund und Auswirkungen der neuen Gebührenregelung zu berichten.

Beschluss Nr. 0204

Der Antrag ist durch die Aussprache erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2005

Winkelmann
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .07.2005

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2005
In Vertretung des Oberbürgermeisters

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Stadtkämmerer